

E-Mail

Medien Stadt Luzern

Luzern, 12. März 2023

Medienmitteilung

Ja zur Initiative «Wohnraum schützen – Airbnb regulieren»

Die Stadtluzerner Stimmberechtigten haben die Initiative «Wohnraum schützen – Airbnb regulieren» am Sonntag, 12. März 2023, mit 64.25 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. Der Gegenvorschlag des Stadtrates erhielt nur 46.27 Prozent Ja-Stimmen und wurde somit abgelehnt. Bei der Stichfrage sprachen sich 56.78 Prozent der Stimmbeteiligten für die Initiative aus, für den Gegenvorschlag gab es 38.08 Prozent. Die Stimmbeteiligung lag bei 34.56 Prozent.

Die Stadt Luzern ist bei Gästen sowie Geschäftsreisenden ein beliebter Ort für einen Kurzaufenthalt. Dies führt dazu, dass das Wohnangebot zur Kurzzeitvermietung in der Stadt Luzern in den letzten Jahren deutlich gewachsen ist. Angebote wie Business- und Ferienwohnungen sind eine wichtige Ergänzung zu den klassischen Beherbergungsmöglichkeiten. Vor allem durch die Zunahme der Kurzzeitvermietung von Zweitwohnungen besteht aber die Gefahr, dass dauerhaft vermietete Wohnungen verdrängt werden. Die Initiative «Wohnraum schützen – Airbnb regulieren» fordert in Form einer Anregung eine Beschränkung der Vermietungsdauer.

Für den Stadtrat war die Initiative zu radikal. Er hat deshalb einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Mit diesem wollte er neben der Sicherung des Wohnraums auch ein ausgewogenes Angebot an Kurzzeitvermietungen für den Tourismus- und Wirtschaftsstandort Luzern ermöglichen.

Starke Regulierung

Die Stadtluzerner Stimmberechtigten haben sich am Sonntag, 12. März 2023, für die Initiative und somit für eine starke Regulierung des Geschäfts mit Kurzzeitvermietungen ausgesprochen. Wohnungen werden künftig nur noch während 90 Tagen pro Jahr an Personen vermietet werden dürfen, die sich kurzzeitig in Luzern aufhalten. Damit soll erreicht werden, dass den Einheimischen möglichst viele Wohnungen zur Verfügung stehen. In der Initiative wurde angeregt, die Beschränkung mit einer Änderung der Bau- und Zonenordnung zu regeln. Der Stadtrat wird nun prüfen, wie dies umgesetzt werden kann und dem Grossen Stadtrat innerhalb eines Jahres einen Vorschlag zur Umsetzung der Initiative vorlegen.